

# Genosse Xi und die KI-Bosse

Die digitale Welt war bislang klar aufgeteilt. Amerika vertraute dem Markt, China dem Staat, Europa dem Recht. Doch die Grenzen verschwimmen – gerade beim Thema KI.

Von Kai von Carnap und Valentin Weber

**W**enn es darum geht, ob man die Künstliche Intelligenz nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit stärker regulieren muss, ist Donald Trump der falsche Ansprechpartner. Statt sich ernsthaft damit zu beschäftigen, nutzt der Präsident die KI gern für seine Selbstinszenierung als gottgleiche Figur. Nachdem sich Papst Leo XIV. Mitte April kritisch zur US-Kriegsführung im Iran geäußert hatte, postete Trump ein KI-generiertes Bild, das ihn als Christusfigur und Weltenretter zeigt. Ansonsten plädiert der Präsident für eine Umbenennung von „artificial“ in „super intelligence“ und spricht sich gegen globale Kontrollsysteme aus – zuletzt vor der UN-Generalversammlung im September. Das ist umso bedauerlicher, als eine globale Koordination ausgesprochen wichtig wäre, um diese und andere Fragen der KI-Entwicklung zu beantworten.

**Kai von Carnap**  
ist Doktorand der Sinologie und Politikwissenschaft an der Uni Trier, wo er zu digitaler Souveränität promoviert.

## Große Ambitionen

Peking beschreitet einen anderen Pfad als Washington: berechenbarer, aber mit eindeutigem Kontrollanspruch. Schon

2017 erklärte der chinesische Staatsrat eine nationale KI-Strategie für zwingend erforderlich und integrierte sie zwei Jahre später in das sogenannte „neue gesamtstaatliche System“ für Schlüsseltechnologien.

Das 2025 in Kraft getretene Entwicklungsprogramm „AI+“ erweist sich als starker Katalysator für die Wirtschaft: Ob OP-Roboter in der Medizin, automatisierte Polizeihunde oder Jäthelfer in der Landwirtschaft – die Technologie hält in alle Lebensbereiche Einzug. Der wirtschaftliche Ertrag ist enorm: Über 158 Milliarden Euro war die KI-Kernindustrie schon 2025 wert. Mit dem 15. Fünfjahresplan schraubt Peking die Ambitionen weiter hoch und will den Anteil der digitalen Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von 10,5 auf 12,5 Prozent ausbauen.

Hinzu kommt ein beachtliches Maß an technologischer Autonomie: Chinesische Hersteller liefern bereits 40 Prozent der KI-Chips im Land; die Rechenzentren erreichen etwa zwei Fünftel der US-Kapazität. Bei der Herstellung von Chips bleibt China allerdings weiter abhängig, und

beim Training großer Modelle greifen Firmen wie Moonshot, ByteDance und Alibaba weiter auf das US-Unternehmen Nvidia zurück.

Wie schon seinerzeit bei den Technologiekonzernen Baidu und Tencent spielt die Kontrolle über Online-Inhalte für die Regierung in Peking eine zentrale Rolle. Ziel bleibt präventive Repression: Der Staat versucht, jede soziale Mobilisierung zu unterbinden und den Debattenraum mit positiven Inhalten zu fluten.

Das wird durch einen koordinierten Zensurapparat gewährleistet: Abertausende von Mitarbeitern steuern gezielt den öffentlichen Diskurs, unterstützt durch eine strikte Nutzerverifizierung. Flankiert wird diese Kontrolle durch die strategische Platzierung positiver Narrative sowie regelmäßige Kampagnen im Sinne der Doktrin, Chinas Geschichte positiv zu vermitteln. Zuletzt traf das auch KI-Unternehmen: Die Säuberungsaktion „Qinglang“ („klar und hell“) lief seit April unter dem Slogan „Bereinigung der Missstände bei KI-Anwendungen“. Über zehn Millionen KI-Inhalte wurden gelöscht und Zehntausende Apps und Websites mit Strafen überzogen oder dichtgemacht.

Die Einflussnahme auf andere Unternehmen erfolgt über informelle politische Kanäle. Sogenannte Parteizellen gehören in der Tech-Branche längst zum Standard. ByteDance unterhält beispielsweise ein Parteikomitee, dessen Sekretär in Personalunion als Chefredakteur fungiert.

Golden Shares – weitverbreitet unter Internetfirmen – gibt es in der KI dagegen weniger: Wo der Staat bei Weibo, Douyin, Kuaishou, Youku, UCWeb und WeChat mit Firmenanteilen von 1 Prozent erhebliches Mitspracherecht hat, gibt es für KI-Labore keine vergleichbaren Strukturen.

Das hat viel damit zu tun, dass es bei KI eben um mehr geht als um Inhalte,

die sich kontrollieren, beeinflussen oder blockieren lassen: Informationen werden hier nicht nur verbreitet, sondern auch generiert, und das wirkt sich wiederum tiefgreifend auf den Cyberspace aus.

### Tech-Elite an der kurzen Leine

Peking hat für KI-Unternehmen zwei neue Kontrollhebel ausgemacht: die Tech-Bosse und die technische Infrastruktur. Ergänzt durch ein neues Finanzierungsmodell sichert sich Chinas Regierung die Kontrolle über die heimische KI-Infrastruktur, ohne allzu offen zu intervenieren. Damit erweist sich das „China-Modell“ als potenziell resilienter Ansatz, um technologische Risiken zu minimieren und die USA im globalen KI-Wettbewerb herauszufordern.

Zudem nimmt Chinas Führung die Tech-Elite des Landes seit einigen Jahren an die kurze Leine. Wie weit der staatliche Einfluss in die Führungsriege der KI-Unternehmen reicht, bleibt zwar unklar, die Absicht dahinter ist jedoch unmissverständlich: Schlüsselfiguren sollen an einer Ausreise gehindert und die Weitergabe von strategisch wichtiger Software oder Interna drakonisch bestraft werden.

Ein Beispiel. Manus, ein Entwickler autonomer KI-Agenten, verlegte 2025 seinen Hauptsitz von China nach Singapur. Als Mark Zuckerbergs Meta-Konzern Manus für rund zwei Milliarden US-Dollar kaufen wollte, luden chinesische Behörden die Manus-Gründer Xiao Hong und Ji Yichao im März 2026 zur Planungskommission nach Peking ein, verwehrten ihnen aber anschließend die Ausreise. Einen Monat später untersagte die Kommission die US-Übernahme und verlangte eine Rückabwicklung.

So wie den Manus-Gründern ergeht es offenbar vielen in der Branche. Im März 2025 berichtete *The Information*, dass



**Dr. Valentin Weber** ist Senior Research Fellow am Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

High-Flyer, Muttergesellschaft des KI-Unternehmens DeepSeek, die Pässe wichtiger Mitarbeiter einbehalte. Laut dem US-Nachrichtendienst *Bloomberg* benötigen KI-Spitzenkräfte bei Firmen wie Alibaba und DeepSeek für Auslandsreisen inzwischen eine Vorabgenehmigung.

Peking hat die Ausreisekontrollen 2026 drastisch verschärft. Eine Ausreise kann nun jenen verweigert werden, die gegen die sogenannten Gegenmaßnahmen der Regierung verstoßen oder ausländische Sanktionen – insbesondere US-Zölle – umsetzen, die von Chinas Regierung nicht anerkannt werden. Seit dem 15. September 2026 kann zudem allen chinesischen Staatsbürgern die Ausreise untersagt werden, wenn sie gegen Exportkontroll- oder Technologietransferregeln verstoßen und damit die Industrie- oder Technologie-sicherheit gefährden.

Über Genehmigungen und Beschaffungsregeln greift der Staat in die technische Infrastruktur ein. So darf Nvidias H200-Chip nur nach Einzelprüfung importiert werden – ByteDance und Tencent erhielten zuerst jeweils 10 000 Stück. Staatlich finanzierte Rechenzentren dürfen seit November 2025 keine ausländischen Chips mehr einsetzen, und ein geplantes Förderprogramm im Umfang von umgerechnet rund 295 Milliarden US-Dollar sieht überwiegend heimische Zulieferer und Staatskonzerne als Betreiber vor.

Um KI-Unternehmen zu stützen und zu lenken, baut Peking seine finanzielle Schirmherrschaft weiter aus. Der chinesische KI-Kapitalmarkt macht mit 12,4 Milliarden US-Dollar zwar nur einen Bruchteil des US-Marktes (285,9 Milliarden) aus, gleicht sich aber strukturell der US-Logik der Finanzierungsrunden an.

So sammelte Moonshot, der Entwickler des Kimi-Chatbots, im Juli 2026 unter Leitung des Nationalen KI-Fonds 3,5 Mil-

liarden US-Dollar ein. Zugleich soll die Planungskommission Moonshot, ByteDance und StepFun angewiesen haben, US-Kapital abzulehnen. Und als der Chatbot-Entwickler Zhipu im Januar 2026 den Schritt an die Börse in Hongkong wagte, gingen fast 70 Prozent der angebotenen Aktien an ein Konsortium rund um staatliche chinesische Investoren.

DeepSeeks erste externe Runde im Sommer 2026 brachte umgerechnet rund 7,46 Milliarden US-Dollar ein. Die meisten Anteilseigner blieben ohne Stimmrechte und mussten eine fünfjährige Sperrfrist akzeptieren. Nur der Nationale KI-Industriefonds durfte direkt investieren: Für umgerechnet rund 150 Millionen US-Dollar hält der Staat als einziger Beteiligter Stimmrechte. Was einst als Golden Share eine staatliche Kontrolle ermöglichte, wird nun also aus den Kapitalmärkten gebildet.

### Immense Preisunterschiede

Unter dem Druck der US-Exportbeschränkungen hat China einen strategischen Ressourcenvorteil bei der KI entwickelt: Chinesische Modelle sind flexibler und kosteneffizienter im Training. So wird häufig pro Anfrage nur ein kleiner Teil des Modells aktiviert, ohne dass die Ergebnisse schlechter würden. Bei DeepSeeks Modell V4-Pro etwa werden nur 49 Milliarden von 1,6 Billionen Parametern abgefragt. Wo amerikanische Labore lange mit mehr Rechenleistung operierten, zwang die Chipknappheit chinesische Teams zur Effizienz.

Der Preisunterschied bei der automatisierten Softwareerstellung ist dadurch immens: Eine Eingabe wie „Erstelle eine App“ schlägt bei amerikanischen Anbietern mit schätzungsweise fünf bis sieben Euro zu Buche. Chinesische Konkurrenten bieten denselben Service für einen

## *Auch chinesische KI-Modelle scheinen nun unkontrollierbare Dynamiken zu entwickeln*

Bruchteil an – hier bewegen sich die Kosten zwischen 20 und 40 Cent. Dank massiver Investitionen und strenger Kontrollen von Firmen wie Huawei oder DeepSeek ziehen Chinas KI-Modelle mit denen der USA gleich. Das macht das Land zu einer ernsthaften strategischen Konkurrenz.

### **Angst vorm Kontrollverlust**

Es kann nicht im Interesse der Politik sein, wenn KI-Agenten gegen die Interessen von Nutzern, Unternehmen oder Staaten handeln. Das Zauberwort, um das zu verhindern, lautet „alignment“ – die Ausrichtung des Handelns von KI-Systemen an den Zielen ihrer Nutzer. Es gibt dafür auch in China kein bindendes Regelwerk. Aber im Vergleich zur US-Regierung geht Peking das Thema deutlich engagierter an – vielleicht auch, weil sich eine autoritäre Technokratie einen Kontrollverlust noch weniger erlauben kann.

Bereits 2021 formulierte das chinesische Ministerium für Wissenschaft und Technologie in seinem Weißbuch zu den „Ethischen Normen für die Künstliche Intelligenz der neuen Generation“ sechs Kernanforderungen, darunter menschliche Kontrolle und Vertrauenswürdigkeit. Im Jahr 2026 rückte das Thema KI-Sicherheit – befeuert durch Fehltritte amerikanischer KI-Modelle – in China nochmals deutlich stärker in den Fokus.

Nachdem man bereits im März 2026 neue Ethikprüfungen angekündigt hatte, unterstrich Staatschef Xi Jinping im Juli auf der WAIC in Schanghai, Chinas

bedeutendster KI-Konferenz, die Rolle des Menschen als maßgebliche Kontrollinstanz. Am 1. September mahnte die Cyberspace-Behörde zu hoher Wachsamkeit vor Kontrollverlust. Das Unternehmen Zhipu reagierte schnell und veröffentlichte sein KI-Modell GLM-5.3 erst zwei Wochen später, um es sicherer zu machen.

Nach aktuellem Kenntnisstand scheinen nun auch chinesische Modelle unkontrollierbare Dynamiken zu entwickeln. Zuvor schon hatte die US-Forschungsbehörde NIST in einer Studie das Sicherheitsrisiko bei der chinesischen KI „DeepSeek R1-0528“ untersucht. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass dieses KI-Modell rund zwölfmal anfälliger für sogenanntes „Agenten-Hijacking“ ist als andere Modelle.

Die entscheidende Frage wird sein, wie chinesische KI-Modelle im In- und Ausland reguliert werden – und welche Leitlinien Xi Jinping daraus für die künftige Tech-Politik des Landes ableitet. Eines steht fest: Nur weil die Modelle politisch nach den Vorgaben der Regierung ausgerichtet sind, garantiert das noch nicht, dass sie technologisch sicher sind.

Kunden im In- und Ausland geraten damit in ein Dilemma. Sie profitieren zwar von niedrigen Kosten, riskieren aber, sich der chinesischen Zensur und einer politisch verzerrten Geschichtsschreibung unterwerfen zu müssen.

Früher war die digitale Welt klar aufgeteilt: USA (marktgetrieben), China (staats gelenkt) und Europa (rechtebasiert). Doch die Grenzen verschwimmen. Anu Bradford, Autorin von „Digital Empires“, beobachtet sogar in den USA eine Annäherung an Chinas Staatsmodell, inklusive staatlicher KI-Strategien. Das zeigt sich auch in den Besitzverhältnissen: Seit 2025 hält der US-Staat 9,9 Prozent an Intel und eine Golden Share bei US Steel. **IP**